

Ostermarsch / Kundgebung am Ostersamstag 15.4.2017

Einladung zum 1. Vorbereitungs-/Bündnistreffen am Dienstag, 6. Dezember 2016 um 19 h im Pavillon

Der Kampf gegen TTIP und CETA hat gezeigt: wir sind nur gemeinsam stark genug, um die Menschen zu erreichen, von den Medien beachtet und von den Politiker_innen gehört zu werden! Solch eine Stärke müssen wir uns auch für den Kampf um Frieden erarbeiten.

Das **Friedensbüro Hannover** lädt deshalb für 2017, wie in den vergangenen Jahren, alle friedenspolitisch und sozial engagierten Gruppen und Organisationen zu einem Vorbereitungstreffen für den Ostermarsch mit einer Kundgebung ein.

Wir schlagen als Themenschwerpunkt vor (Arbeitstitel):

Es geht auch anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit, nicht in Waffen und Kriege

Armut und Kriege sind die Folgen eines globalen Verteilungskampfes, Deutschland und die westlichen Industrienationen sind daran maßgeblich beteiligt. Die Regierung strebt laut dem im Juli verabschiedeten Weißbuch 2016 eine führende militärische Rolle an.

Dies dient nicht dem Frieden in der Welt. Spannungen werden zwangsläufig verschärft. Wir meinen: Deutschland muss auf jegliches militärisches Engagement verzichten. Es sollte dagegen eine Vorreiterrolle übernehmen mit guten Beziehungen in alle Richtungen, mit Vermittlung bei Konflikten, bei der Entwicklung eines Welthandels, der Allen nützt und dadurch den Frieden stärkt, statt dem Profit einer kleinen Elite zu dienen. Statt die Militärausgaben entsprechend den NATO-Forderungen zu steigern oder gar ein EU-Militärbündnis zu schmieden, benötigen wir diese finanziellen Mittel dringend für zivile und soziale Projekte – auch für den inneren Frieden.

Die Themen der unten stehenden Liste sind Vorschläge, aus denen wir gemeinsam auswählen und/oder die wir ergänzen können. Wir wollen auch Ideen entwickeln, wie sie anschaulich dargestellt werden können.

Thema Kriege:

- Schluss mit dem Export deutscher Waffen in alle Welt, auch nicht in „befreundete Staaten“ wie die Türkei und Saudi Arabien.
- Deutschland als starke Industrienation darf sich nicht länger an den Kriegen beteiligen. Wir fordern den Rückzug der militärischen Kräfte, die sofortige Beendigung der Einsätze und aller Waffenlieferungen in die Nah-Ost Region.
- Stattdessen fordern wir eine Friedensdiplomatie vor Ort, auch im Alleingang, durch Einrichtung von Botschaften und Konsulaten, durch Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und humanitäre Aufbauhilfe, wo sie gebraucht und gewünscht wird.
- Erfüllen der finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem UNHCR zur Versorgung der geflüchteten Menschen in den Lagern.
- Schaffung sicherer Fluchtkorridore nach Europa um Menschenleben zu retten und die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention.
- Die NATO zeigt ihren aggressiven Charakter immer deutlicher. Durch gefährliche Manöver und die Präsenz der NATO in vielen Regionen der Welt, unter Einbeziehung der Option, Atomwaffen einzusetzen, werden neue Kriegsgefahren geschaffen. **Wir fordern für Deutschland einen Austritt aus den militärischen Strukturen des Bündnisses und endlich den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland als 1. Schritt zur Auflösung der NATO.**

- Deutschland soll sich in der UNO konkret für die Abschaffung und gegen den Einsatz von Atomwaffen einsetzen. Derzeit liegt ein **Verbotsvertrag (Ban-Treaty)** auf dem Tisch, der von einer großen Mehrheit der UN schon unterschrieben, aber nicht von Deutschland unterstützt wird. Die mehr als 150 nicht über Atomwaffen oder atomare Teilhabe verfügenden Staaten fühlen sich von den Atommächten in ihrer Existenz bedroht.

Wir fordern, dass Deutschland den Verbotsvertrag unterschreibt.

Thema Armut

Durch ungerechte Wirtschaftsverträge, z.B. zwischen der EU und einigen afrikanischen Ländern, profitieren einseitig die reichen Industrienationen, ohne dass gleichzeitig die Entwicklung der afrikanischen Partner angemessen gefördert wird. Der produzierte Reichtum wird außer Landes geschafft, die Entwicklungsunterschiede vergrößern sich. Die Verarmung nimmt zu. Durch die Aneignung und Ausbeutung der Ressourcen durch ausländische Kapitalgesellschaften, einschließlich des Landgrabblings, verliert die einheimische Bevölkerung ihre Existenzgrundlage. Konkurrenz durch subventionierte Agrarprodukte und Exporte schädigt die einheimischen Wirtschaftsstrukturen. Zudem wird die Natur in diesen Ländern durch den rücksichtslosen Abbau der Bodenschätze verwüstet. Viele Menschen werden so zur Flucht getrieben.

Was müsste anstelle dieses Raubbaus getan werden?

Gerechte Handelsverträge! Förderung der Entwicklung der Länder.

- Zugang zu Bildung ist in vielen Ländern ein Privileg für eine Minderheit
- sauberes Trinkwasser, ein Menschenrecht, das für einen großen Teil der Menschheit nicht gewährleistet ist.
- In Folge von wirtschaftlicher Not und Brutalisierung der Lebensverhältnisse werden Kinder und Frauen sexuell ausgebeutet, vergewaltigt und sogar getötet.
- Es fehlt eine flächendeckende Krankenversorgung für alle.
- Katastrophaler Hunger und Mangelernährung herrschen in vielen Regionen, aber auch in den Flüchtlingslagern.

Und bei uns?

- Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, wo der Lohn nicht zum Leben reicht, gibt es in steigendem Maße auch bei uns. Die Schere zwischen den Gutverdienenden und den in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigten Menschen wird ständig größer. Mieten steigen durch die Immobilienspekulation ins Unermessliche, bezahlbarer Wohnraum fehlt. Die Zahl der Obdachlosen und von Altersarmut betroffenen Menschen steigt. Es gibt immer noch zu viele Arbeitslose. Hier muss der Staat regulierend in die Wirtschaft eingreifen. Angesichts dieser großen sozialen Probleme ist die beabsichtigte Erhöhung der Militärausgaben ein Skandal!
- Große Investitionen in den sozialen Bereich, die Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen, usw. sind dringend nötig und müssen politisch gefördert werden, um den sozialen Frieden zu erhalten. Die Erhöhung des Militäretats dient dagegen dem Profit weniger Großkonzerne. Die Verteilung der Haushaltsmittel muss vom Militär in den sozialen Bereich und in die zivile Konfliktlösung umgesteuert werden
- Die Niedriglohn-Politik zerstört auch die Europäische Gemeinschaft: Die Länder Südeuropas können dieser Konkurrenz nicht widerstehen, ihre Wirtschaft wird zerstört.